

10

84

Union in Deutschland

Bonn, den 22. März 1984

Lieber dreimal verhandeln als Europa aufgeben

Trotz dieses Rückschlages gibt es keine Alternative zu Europa, erklärte Helmut Kohl nach dem Scheitern des EG-Gipfels. Ein Rückfall ins 19. Jahrhundert bringt uns mit Sicherheit nicht weiter. Wir alle, vor allem auch wir Deutsche, brauchen Europa. Und man braucht Geduld. Aber Geduld und Langmut ohne Ende, das ist ein gewisser Unterschied. In bin nur noch bereit, über offengebliebene Themen zu reden, wenn ich eine reelle Chance zu einem erfolgreichen Abschluß sehe.

Neunzig Prozent der Dinge, die wir uns vorgenommen hatten, sind in einer guten Form, die man auch bei den nächsten Tagungen verwenden kann, geglückt. In der einen entscheidenden Frage, beim britischen Beitrag, war es nicht möglich, trotz stundenlanger Diskussionen zu einem Abschluß zu kommen. Das ist eine außerordentlich bedauerliche und bedrückende Situation. Aber ich kann nur sagen, es ist unsere Pflicht, mit größter Energie und Entschiedenheit weiter zu versuchen, uns zu einigen. Ich kann mich nicht damit abfinden, daß Europa nicht mit einer

(Fortsetzung auf Seite 2)

■ EUROPA-WAHLKAMPF

Aktionen mit dem CDU-Europa-rosa Teil

■ REGIONAL-KONFERENZEN

Weitere Termine Seite 2

■ BUNDESPARTEI

Das Kommunikationsnetz der CDU wird weiter ausgebaut Seite 3

■ BUNDESTAG

Bericht zur Lage der Nation Seite 7

■ AUSBILDUNG

Der Bund geht mit gutem Beispiel voran Seite 11

■ KANZLERBRIEF

Helmut Kohl schrieb an die Prawda Seite 13

■ DOKUMENTATION

Wachstum, neue Technik, Arbeit — Europa in den achtziger Jahren/Auszüge aus den Rednerbeiträgen vom Europakongreß der CDU grüner Teil

Regionalkonferenzen zur Europawahl

Auf bislang drei Regionalkonferenzen in Hamburg, Duisburg und Saarbrücken wurde den Funktions- und Mandatsträgern der jeweiligen Landesverbände die Planung des Europawahlkampfes der CDU-Bundesgeschäftsstelle vorgestellt. Die inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen und Materialien des Wahlkampfes stießen in allen Veranstaltungen auf breite Zustimmung. Die Regionalkonferenzen sind damit ein wichtiger Schritt zu einer umfassenden Mobilisierung der Partei für den Europawahlkampf.

Die nächsten Termine:

- 24. März 1984 11.00 Uhr Borken Stadthalle
für den Landesverband Westfalen-Lippe
- 30. März 1984 18.00 Uhr Speyer Stadthalle
für den Landesverband Rheinland-Pfalz
- 31. März 1984 9.00 Uhr Cuxhaven, im Rahmen des Landesparteitages Niedersachsen
- 7. April 1984 11.00 Uhr Böblingen
für den Landesverband Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 1)

Stimme spricht: Lieber dreimal verhandeln als Europa aufgeben.

Das Scheitern des Brüsseler EG-Gipfeltreffens bringt die Europäische Gemeinschaft in eine sehr ernste Lage. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nimmt dies mit großer Betroffenheit zur Kenntnis, stellte Volker Rühle, stellvertretender Vorsitzender, fest. Die deutsche Seite ist für diese bedauerliche Entwicklung nicht verantwortlich zu machen — im Gegenteil.

Die Bundesrepublik Deutschland hat — ebenso Frankreich — die größten Anstrengungen unternommen, um dieses Treffen zu einem Erfolg werden zu lassen. Die Regierungen beider Staaten sind dabei bis an die Grenzen des ihnen Zumutbaren gegangen.

Allerdings helfen Schuldzuweisungen in dieser Situation nicht weiter. Es geht jetzt nicht darum, der europäischen Öffentlichkeit einen Schuldigen vorzuführen, sondern dieser Öffentlichkeit zu beweisen, daß die Europäische Gemeinschaft lebensfähig ist, daß sie notwendig ist und daß sie eine Zukunft hat. Gerade im Vor-

feld der Wahlen zum Europäischen Parlament ist es dringend erforderlich, daß die Gemeinschaft diesen positiven Nachweis erbringt, anstatt ein Bild der Zerstrittenheit zu bieten.

Trotz des fehlgeschlagenen EG-Gipfels von Brüssel besteht jedoch kein Grund zur Resignation; denn im Unterschied zu Athen haben sich die Staats- und Regierungschefs über alle wichtigen Fragen einigen können — bis auf eine. Es müssen jetzt alle Anstrengungen unternommen werden, um diese eine Frage noch vor dem nächsten Juni-Gipfel zu lösen. Diese fällige Nacharbeit verlangt auf der einen Seite Durchsetzungsfähigkeit und politisches Geschick und auf der anderen Seite Einsicht und Kompromißbereitschaft.

Von allen Beteiligten wird dabei ein Höchstmaß an europäischem Gemeinschaftsgeist erwartet. Wo er sich nicht von selber einstellt, muß er geschmiedet werden. In der europäischen Einigung darf es keine Rückschritte geben. Die Europäische Gemeinschaft braucht Großbritannien und Großbritannien braucht die Europäische Gemeinschaft.

■ BUNDESPARTEI/ORGANISATION

Das Kommunikationsnetz der CDU wird weiter ausgebaut

Zur Verbesserung der Parteiarbeit und zur Erhöhung der Effektivität von Wahlkämpfen hat die CDU mit dem Aufbau eines umfassenden Kommunikationsnetzes begonnen. Unter Ausnutzung der modernen Technologien und neuer Medien stärkt die CDU ihre organisatorische Kraft, eine nicht unwesentliche Voraussetzung für das Durchsetzungsvermögen auf politischem Feld. Bis zur Bundestagswahl 1987 wird dieses CDU-Kommunikationsnetz voll funktionsfähig sein, stellte Bundesgeschäftsführer Peter Radunski auf einer Pressekonferenz in Bonn fest.

Damit erfüllt die CDU für sich selbst eine der hauptsächlichen Forderungen, wie sie im Leitantrag des Bundesvorstandes für den Stuttgarter Bundesparteitag im Mai enthalten sind, wonach die Nutzung der modernen Technologien eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Wir befinden uns in einem Übergang zu einer Dienstleistungsgesellschaft, die vorwiegend mit Informationen umgehen wird. Es wird eine Informationsgesellschaft sein. Mit unserem CDU-Kommunikationsnetz wollen wir auf diese Entwicklung vorbereitet sein, erklärte Peter Radunski.

Alle reden von den neuen Medien und der modernen Technologie. Wir in der Bundesgeschäftsstelle wissen nun, wovon gesprochen wird. Unser neues Kommunika-

tionsnetz baut auf der modernen neuen Technologie auf.

Wir haben unsere Erfahrungen gemacht mit den Maschinen und ihrer Handhabung. Wir haben aber vor allem unsere Erfahrung gemacht mit dem Verhalten der Menschen, die damit umgehen. Natürlich waren viele auch bei uns zunächst skeptisch, als die Bildschirmarbeitsplätze eingerichtet wurden, aber je vertrauter die Apparaturen wurden, je mehr damit gearbeitet wurde, desto stärker wurde die Begeisterung unserer Mitarbeiter. Viele haben umgelernt, sich umschulen lassen und sind nun qualifizierter als sie es vorher waren. Einige sind regelrecht zu neuen Spezialisten und Fachkräften geworden.

Arbeitsplätze hat niemand dabei verloren. Wir haben allerdings einige wenige Arbeitsplätze mehr geschaffen.

Mit der Einführung der neuen Text- und Datenverarbeitung im CDU-Kommunikationsnetz wird sich sicher auch unser Management ändern. Vor 40 Jahren definierte man einen Manager als jemanden, der für die Arbeit von Menschen verantwortlich ist. Heute wird ein Manager als jemand definiert, der verantwortlich ist für die Aufnahme von Wissen. Dieses Wissen ist Information in Aktion. Je besser Manager verstehen, wie sie Informationen benutzen, je besser werden sie ihre Aufgabe erfüllen. Für Parteienarbeit gilt das mehr denn je, denn Information ist der eigentliche Rohstoff, mit dem wir arbeiten. Unsere Arbeit kreist immer um den Fluß der Informationen, ihre Abgabe, aber auch ihren Rückfluß.

Zur Vorgeschichte

Die Landesgeschäftsführerkonferenz setzte im Mai 1981 eine Kommission „Verbesserung der Parteiorganisation“ ein, deren Aufgabe es war, zu prüfen, wie neue Technologien im Bereich der Datenverarbeitung und der Telekommunikation für die Parteiorganisation eingesetzt werden können. Im Februar 1982 beschloß die CDU-Parteiführung, aufgrund einer Vorlage dieser Kommission, mit dem von der Firma WANG angebotenen Text- und Datenverarbeitungssystem einen Feldversuch durchzuführen.

Der Aufbau des Netzes

1982 wurde mit den Feldversuchen sowohl in der CDU-Bundesgeschäftsstelle als auch bei Landtagswahlen und in ausgesuchten Kreisverbänden begonnen. Dies war zugleich der Beginn eines systematischen Aufbaus des Netzes. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle erhielt ein WANG-System VS 100. Landes- und Kreisverbände kamen nach und nach hinzu, denn die Konzeption sieht vor, die Gliederungen der Partei mit eigenen Computersystemen auszustatten, damit sie vor Ort autonom die anfallenden Arbeiten (Textverarbeitung, Adressenverwaltung, Beitragswesen, Finanzbuchhaltung usw.) erledigen können. Dazu liefert die CDU-Bundesgeschäftsstelle kostenlos die notwendigen Programme und schult die Mitarbeiter. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Geschäftsstellen wird durch die systemeigenen Möglichkeiten der Datenfernübertragung gewährleistet.

Bereits im Bundestagswahlkampf 1983 bestand das neue System die erste Bewährungsprobe:

— Der gesamte zentrale CDU-Bundesrednereinsatz wurde über das WANG-System gesteuert und koordiniert.

— Der im Textverarbeitungssystem integrierte Fotosatz ermöglichte in der ent-

scheidenden Wahlkampfphase die schnelle und rationelle Produktion von Einladungen, Broschüren und Flugblättern. Das Netz erlaubt es beispielsweise, Flugblätter zu ausgewählten TV-Sendungen noch in der Nacht als fertiges Textdokument per Datenfernübertragung an die angeschlossenen CDU-Geschäftsstellen zu versenden.

In diesen Tagen wurde die Pilotphase zur Einführung des CDU-Kommunikationsnetzes beendet.

Die weitere Entwicklung des CDU-Kommunikationsnetzes

Die volle Leistungskraft des Systems soll für den Bundestagswahlkampf 1987 genutzt werden. Die Zeit bis dorthin wird zum stufenweisen Ausbau genutzt. Gegenwärtig liegt die Priorität im Bereich der Programme (Entwicklung, Weiterentwicklung und Adaption der unbedingt notwendigen Software). In Kürze werden sich zwei neue Schwerpunkte ergeben:

1. Der weitere Ausbau durch die Anbindung aller Parteigliederungen.
2. Die Integration der „neuen Medien“ Bildschirmtext (Btx) und Teletext. In Vorbereitung dazu sind Feldversuche mit Btx bei den Landtagswahlen 1985.

Bereits heute ist die Mehrzahl der CDU-Landesverbände in das CDU-Netz integriert. Bis Ende dieses Jahres wird das Netzwerk auf Landesebene voll ausgebaut.

Bildschirmtext (Btx)

Wir werden Bildschirmtext als externes Kommunikationsmedium einsetzen. Von besonderem Interesse werden Zielgruppen sein wie die Presse, Verbände und Institutionen, natürlich auch Parteigliederungen und einzelne Parteimitglieder.

Zunächst werden wir 1985 in den landtagswahlkampf führenden Landesverbänden Rheinland, Westfalen, Saarland und

Berlin in einer Pilotphase die Möglichkeiten des Bildschirmtextes erproben.

Wohl erst nach der Bundestagswahl 1987 wird die endgültige Entscheidung darüber fallen, wie weit wir mit Btx arbeiten. Bis dahin werden wir genügend Erfahrungen gesammelt haben, um unsere Entscheidung zu treffen. Jetzt werden wir mit einem Programm beginnen, das im wesentlichen Fakten und Daten über uns und unsere Politik vermittelt.

Btx ist also eine neue Form unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Bei der Text- und Datenverarbeitung gibt es vier Kommunikationsformen:

1. Text
2. Daten
3. Bild und
4. Wort

Die nächsten Stufen werden Image-Processing und Audio-Processing sein. Dann werden in unserem System Bilder und Worte transportiert. Beide werden helfen, unsere Informationen noch eingängiger zu machen.

Beispiel

1. Mitgliederdatei im CDU-Datenpool

Wir werden künftig über unsere Mitglieder, ihre Beitragszahlungen und ihre soziologischen Merkmale genauer Bescheid wissen. Wir könnten Beiträge zentral einziehen. Damit können wir sie auch gezielter ansprechen.

Beispiel

2. Ein wichtiger Anwendungsbereich wird auch die Verarbeitung der Anträge zum Leit Antrag für den nächsten Bundesparteitag sein. Wir werden die Anträge maschinell einlesen lassen und mit in der Textverarbeitung für die Antragsberatungen vorbereiten.

Damit dürften wir der zu erwartenden Antragsflut und der kurzen Zeit, die zur Vor-

bereitung für die Antragskommission zur Verfügung steht, gewachsen sein.

Beispiel

3. Bereits im Bundestagswahlkampf 1983 bestand das neue System die erste Bewährungsprobe:

— Der gesamte zentrale CDU-Bundesrednereinsatz wurde über das WANG-System gesteuert und koordiniert.

— Der im Textverarbeitungssystem integrierte Fotosatz ermöglichte in der entscheidenden Wahlkampfphase die schnelle und rationelle Produktion von Einladungen, Broschüren und Flugblättern. Das Netz erlaubt es beispielsweise, Flugblätter zu ausgewählten TV-Sendungen noch in der Nacht als fertiges Textdokument per Datenfernübertragung an die angeschlossenen CDU-Geschäftsstellen zu versenden.

Die Schlagkraft großer Organisationen, insbesondere mit regionalen Unterorganisationen, wird in Zukunft davon abhängen, wie sie sich der neuen Technologien zu bedienen wissen. Aus dieser Erkenntnis plant die CDU den Aufbau eines integrierteren Text- und Datenverarbeitungssystems zu einem CDU-Kommunikationsnetz.

Unsere Dynamik in Richtung neue Technologie hat die SPD mitgerissen.

1. Die SPD hat ihre Medienpolitik revidiert. — Ja zum Privatfernsehen.

2. Sie hat — wie wir — das Wang-System übernommen und

3. sie hat ihre grundsätzliche Haltung zur neuen Technologie überprüft. Jedenfalls deuten ihre Parteitagsvorbereitungen darauf hin.

Die CDU hat eine föderative Struktur in ihrem Aufbau und das CDU-Kommunikationsnetz trägt dem Rechnung.

Alle Parteigliederungen bleiben selbständig und entscheiden selbst über die Inten-

sität der Teilnahme an dem Kommunikationsnetz. Vor allem aber werden die Arbeitsbedingungen der Kreisparteien durch die neue Technologie in der Bürokommunikation verbessert. Denn in jeder Gliederung können in eigener Regie wichtige Büroarbeiten im elektronischen Text- und Datenverarbeitungssystem selbst gemacht werden. Die Schlagkraft wird also auch für Landtagswahlen und Kommunalwahlen erhöht. Dazu gehören Arbeiten wie Textverarbeitung, Adressenverwaltung, Beitragswesen, Finanzbuchhaltung.

Unser Kommunikationsnetz ist nicht nur ein Weg von oben nach unten und von unten nach oben. Es ist auch so angelegt, daß jede Möglichkeit besteht zu einem horizontalen Informationsaustausch, also auch innerhalb eines Landesverbandes oder zwischen den Kreisverbänden.

Das CDU-Kommunikationsnetz wird 300 Anschlußstellen enthalten. Damit werden unsere rd. 250 Kreisverbände, alle Landesverbände und Bundesvereinigungen angeschlossen sein. Unsere Zusammenarbeit mit den Gliederungen der Partei haben wir damit verbessert.

Die Informationen werden schneller, präziser, rationeller, billiger und aktueller ausgetauscht.

Der seit 1973 vorgenommene systematische organisierte Ausbau unserer Partei, der sowohl die Zusammenarbeit zwischen Bundespartei, Landesparteien und Kreisparteien intensiviert hat und der die CDU zu einer Mitgliederpartei gemacht hat, erhält mit dem Ausbau des neuen Kommunikationsnetzes nun eine weitere Stufe. Diese neue Kommunikationsstruktur paßt gut zu den größer gewordenen Kreisverbänden, der erweiterten Mitgliederzahl und den intensivierten organisatorischen Verbindungen zwischen den Gliederungen der Partei.

Neues Programm: SPD ist nicht lernfähig

Zu dem neuen wirtschaftspolitischen Programm der SPD erklärt Matthias Wissmann, MdB, Mitglied des Vorstandes der CDU Deutschlands und wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Das neue wirtschaftspolitische Programm der SPD ist der Nachweis dafür, daß die deutschen Sozialdemokraten nicht lernfähig sind. Reduziert man die angebotenen Lösungsvorschläge der SPD für die wirtschaftlichen Probleme der Bundesrepublik Deutschland auf ihren Kern, so erkennt man zwei Mittel zur Überwindung der strukturellen Verwerfungen unserer Wirtschaft. Im Zentrum aller Überlegungen steht die Ausweitung der Staatsleistungen und damit der Staatsquote durch eine betonte Nachfragepolitik. Neue Infrastrukturinvestitionen, weitere staatlich finanzierte Umweltschutzmaßnahmen, Aufstockung von staatlichen Dienstleistungen, direkte Forschungsförderung heißen die Stichworte. Dieses konjunkturpolitische Rezept konnte in der Vergangenheit den konjunkturellen Einbruch unserer Wirtschaft nicht verhindern und nicht überwinden, wie sollen sie strukturelle Probleme meistern?

Der zweite Kern der SPD-Politik lautet: Die neuen Staatsausgaben müssen finanziert werden, mit einer Erhöhung der Mineralölsteuer, der Einführung einer Umweltabgabe, der Einführung einer Sparbuchsteuer, der Erhöhung der Vermögensteuer, Erhöhung der Gewerbesteuer und deren Ausdehnung auf die freien Berufe. Eine Erhöhung der staatlichen Verschuldung über den vom Grundgesetz gezogenen Rahmen wird ausdrücklich in Erwägung gezogen. Dies ist genau die Politik, die mitverantwortlich dafür ist, daß wir heute Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche, Lehrstellenmangel und so weiter beklagen müssen.

■ LAGE DER NATION

Das innerdeutsche Verhältnis ist von Normalität noch weit entfernt

Wir wollen zu praktischen Lösungen kommen, die den Menschen dienen. Auch damit erfüllen wir unsere nationale Verpflichtung. Natürlich darf dies nicht zu Lasten von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten gehen. Wir sind uns der Vielschichtigkeit des innerdeutschen Verhältnisses bewußt. Dieses Verhältnis ist auch angesichts der politischen Entscheidung der vergangenen Monate stabil geblieben. Dies ist ein Gewinn für beide Seiten, ein Gewinn auch für unsere Verbündeten. Ich stelle das mit Befriedigung fest, erklärte Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Debatte im Deutschen Bundestag.

Die innerdeutschen Beziehungen haben sich seit dem letzten Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland insgesamt positiv entwickelt. Die Bundesregierung hat ihre intensiven Bemühungen in humanitären Angelegenheiten beharrlich fortgesetzt. 1983 hat die DDR eine erhebliche Zahl politischer Gefangener freigelassen und ihnen die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland gestattet. In bemerkenswertem Umfang konnten wir auch erreichen, daß getrennte Familien wieder zusammenfanden. Wir wissen, welchen Belastungen sich Deutsche in der DDR aussetzen, die einen Übersiedlungsantrag stellen. Die Bundesregierung begrüßt die wachsende Zahl der Genehmigungen. Wir freuen uns über jeden, der in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln möchte und von den Behörden der DDR die Genehmigung dazu erhält. Auch beim Reiseverkehr gibt es teilweise

erfreuliche Fortschritte. Die Zahl der Reisen in die DDR hat zuletzt etwas zugenommen. Wir spüren aber immer noch die negativen Folgen der Erhöhung der Mindestumtauschsätze im Oktober 1980. Von einer durchgreifenden Besserung kann leider noch keine Rede sein. Allerdings ist zu begrüßen, daß die Grenzkontrollen offenkundig korrekter erfolgen als früher. Jugendliche im Alter von 6 bis 14 Jahren hat die DDR im September vorigen Jahres vom Zwangsumtausch wieder befreit. Diese Regelung bringt zwar für Familien eine gewisse Erleichterung, ist aber nicht mehr als ein erster Schritt in die richtige Richtung. Die Senkung der Mindestumtauschsätze bleibt eine wichtige Forderung der Bundesregierung.

Im Reiseverkehr aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland gibt es keine starke Bewegung. Wir begrüßen die Zunahme der Reisegenehmigungen in dringenden Familienangelegenheiten. Im vergangenen Jahr wurden über 40 Prozent mehr Genehmigungen erteilt als 1982. Aber die Bundesregierung findet sich auch weiterhin nicht damit ab, daß jüngeren Menschen in der DDR Westreisen nur unter engen Voraussetzungen gestattet werden. Uns erfüllt mit Sorge, daß wir immer noch zu viele Klagen über Reiseverweigerungen hören, gerade auch in menschlichen Härtefällen. Ich appelliere an die Regierung der DDR, human zu verfahren.

Spürbare Erleichterungen für Millionen von Menschen konnten wir beim innerdeutschen Postverkehr erreichen. Die Vereinbarung über die neue Postpauschale ist ein gutes Beispiel für ein angemess-

senes Verhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung.

Nach achtjähriger Pause wurden im Herbst Verhandlungen über ein Kulturabkommen wieder aufgenommen. Wir wollen dem kulturellen Austausch neue Impulse geben. Bis zum Abschluß der schwierigen Gespräche bleibt die Bundesregierung — wie beim Wissenschaftsaustausch — um Einzelprojekte bemüht.

Die Beziehungen auf dem Gebiet des Sports bleiben unbefriedigend. Sie beschränken sich im wesentlichen auf wenige Begegnungen von Spitzensportlern. Wir werden weiter darauf dringen, daß möglichst viele Jugendliche, und gerade auch Sportler aus dem grenznahen Bereich, Gelegenheit zum fairen Wettkampf miteinander erhalten.

In den Rechtshilfeverfahren streben wir Vereinbarungen an, die wenigstens in Teilbereichen die Verfahren im Interesse der Betroffenen erleichtern, vereinheitlichen und beschleunigen.

Der innerdeutsche Handel hat sich über alle Veränderungen der internationalen Lage hinweg für beide Seiten als ein Element der Stetigkeit und Berechenbarkeit erwiesen. Der DDR bringt er vielfältigen Nutzen, aber auch der Bundesrepublik Deutschland und insbesondere Berlin. 1983 wurde eine Zuwachsrate von etwa acht Prozent erreicht. Vor allem mit zusätzlichen Dienstleistungen im Bereich der Post konnte die DDR die Handelsbilanz weitgehend ausgleichen.

Mehr erreicht als Helmut Schmidt in den letzten Jahren

Der „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ zeigt, daß die Union in der Deutschlandpolitik sich treu geblieben ist. Die Maxime der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hieß immer: Festigkeit in den elementaren Grundsätzen und kein Verschweigen der existentiellen

Unterschiede zwischen den beiden Regierungs- und Gesellschaftssystemen, dennoch aber wegen der Verbesserung der zwischenmenschlichen Kontaktmöglichkeiten zu verhandeln und Gespräche zu führen.

In der Tat stellen heute selbst unsere Kritiker fest, daß wir durch diese Verhandlungen und Kontakte in kurzer Zeit mehr erreicht haben, als es Helmut Schmidt in den letzten Jahren seiner Regierungszeit gelungen ist. Wir haben daher eine Wende in der Deutschlandpolitik herbeigeführt, nämlich die Stagnation in den Jahren vor Herbst 1982 überwunden und einen dynamischen Prozeß in der Form von vielerlei Kontakten und Gesprächen, ja sogar Vertragsabschlüssen geschaffen. Es ist gelungen, damit schwierige Situationen zu meistern, wie z. B. die Lage nach dem Nachrüstungsdoublebeschuß und das heikle Kapitel der Ausreisemöglichkeiten aus der DDR, erklärte MdB Eduard Lintner in der Debatte.

Das innerdeutsche Verhältnis ist aber, trotz der vielen Reisen und Besuche wichtiger Politiker aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR von Normalität weit entfernt. Der Bericht des Bundeskanzlers stellt dies auch in der notwendigen Klarheit fest. Zur Normalität der Beziehungen wären u. a. notwendig:

- eine für jedermann durchlässige Grenze und
- die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts.

Wir dürfen bei den Kontakten mit politischen Persönlichkeiten aus der DDR nicht vergessen, daß die Offenheit der deutschen Frage, die wir alle wollen, wesentlich davon lebt, daß der Wille zur Einheit der Nation im Bewußtsein unserer Bürger verankert ist und verankert bleibt. Der Wunsch nach nationaler Einheit der Deutschen muß ein ganz selbstverständliches Anliegen bleiben.

■ INFORMATION

Appelle reichen im Gesundheitswesen nicht mehr aus

In Bonn trafen sich zu einem Fachgespräch über Krankenversicherungsfragen Mitglieder der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales unter Leitung von MdB Haimo George mit Vertretern der Ortskrankenkassen, der Betriebskrankenkassen, der Innungskrankenkassen und der landwirtschaftlichen Krankenkassen. Folgende Themen wurden besprochen: Kostendämpfung im Gesundheitswesen, Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, Strukturprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung, Probleme der Ärzteschwemme, Änderungen der Zulassungsordnung und Approbationsordnung und mögliche Lösungen der Pflegefallproblematik.

Es bestand Übereinstimmung, daß für den Bereich Kosten und Verbrauch von Arzneimitteln und für den Krankenhausbereich wirksamere Steuermaßnahmen notwendig seien. Die CDU/CSU begrüßt, daß sich die Spitzenverbände der Krankenkassen und die Pharmaindustrie zu Gesprächen finden, um Wege zur Kostendämpfung im Pharmabereich zu erarbeiten, nachdem der Weg der „Appelle und Seelenmassage“ nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat.

Übereinstimmung bestand auch über die Notwendigkeit einer Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, einer Neuordnung der Finanzierung der Krankenhausinvestitionen, einer Auflösung der Mischfinanzierung und einer stärkeren Einbeziehung der Krankenkassen in die Pflegegesetzfeststellung und die Krankenhausplanung. Im Interesse einer bundes-

einheitlichen Krankenhausgesetzgebung sollte der Bund möglichst viele Kompetenzen für diesen Bereich behalten.

Einig waren sich die Gesprächspartner, daß eine Pflegefallkostenversicherung als eigene Institution oder über die gesetzliche Krankenversicherung nicht erstrebenswert sei und man andere Lösungen erarbeiten müsse. Die Krankenkassen werden demnächst ein Konzept veröffentlichen.

Junge Union: Unsere Zukunft heißt Europa

Der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Christoph Böhr, sprach sich in Bonn vor über 150 Kreisvorsitzenden der Jungen Union für eine Öffnung der europäischen Binnengrenzen nach dem Muster der Nachbarländer Belgien, Niederlande und Luxemburg (Benelux) aus. Böhr bedauerte das Desinteresse vieler junger Menschen an Europa und verlangte eine verstärkte Einbindung der Deutschlandpolitik in die europapolitische Diskussion. „Die deutsche Frage ist so offen wie die europäische Frage und zwischen beiden gibt es einen unlösbaren Zusammenhang“, sagte Böhr, der darüber hinaus forderte, unverzüglich im Bereich des Umweltschutzes im Ministerrat zum Mehrheitsprinzip zurückzukehren, da eine generelle Rückkehr zum Mehrheitsprinzip zwar dringend notwendig, nicht aber realistisch sei.

Auf der gleichen Veranstaltung sprach sich das Mitglied der Europäischen Kommission, Narjes, für die Einführung der Vereinigten Staaten Europas aus. Nur so könne Europa der technischen Herausforderung Japans und der USA begegnen. Der Spitzenkandidat der Jungen Union zur Europawahl, Thomas Kropp, forderte die Einführung einer europäischen Verfassung und die Wiedereinführung des Mehrheitsprinzips im europäischen Ministerrat.

Bauvorschriften werden durchforstet

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Ankündigung der Bundesregierung, den Abbau überzogener Bauvorschriften und die Schaffung eines einheitlichen Baugesetzbuches gegenüber ihren ursprünglichen Zeitvorstellungen noch einmal zu beschleunigen, erklärte der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy.

Das neue Baugesetzbuch, das zur Streichung von einem Drittel bis zur Hälfte der heute geltenden Vorschriften führen soll und durch daß das Bundesbaugesetz, das Städtebauförderungsgesetz und das Modernisierungs- und Einsparungsgesetz aufgehoben werden sollen, soll nunmehr bereits im Jahre 1985 im Kabinett verabschiedet werden. Im Interesse des durch zu viele Vorschriften gegängelten Bürgers sollte der Deutsche Bundestag seinerseits die Beratungen des umfassenden Gesetzeswerkes so zügig wie nur irgend möglich durchführen. Ein Inkrafttreten wenigstens von Teilen des neuen Baugesetzbuches noch Ende dieser Legislaturperiode sollte auf keinen Fall am Terminplan des Parlaments scheitern.

Bernhard Sälzer in Hessen zum Spitzenkandidaten gewählt

Die hessische CDU hat sich auf einem Landesparteitag in Frankfurt zur europäischen Einigung bekannt und ihr Programm für die Europawahlen am 17. Juni verabschiedet. Mit 426 von 434 Stimmen wählten die Delegierten den bisherigen Europaabgeordneten Bernhard Sälzer (Darmstadt) zum Spitzenkandidaten der hessischen Union. Auf die weiteren Plätze kamen Axel Zarges (Kassel), Ursula

Braun-Moser (Bad Vilbel) und der Landtagsabgeordnete Gerald Weiß (Rüsselsheim).

Der CDU-Landesvorsitzende Wallmann forderte zu neuer Entschlußkraft für das Einigungswerk Europa auf. Sowohl Wallmann als auch Generalsekretär Geißler warfen der SPD vor, den europäischen Gedanken nicht zu verstehen. Wer die Europawahl zu einer „Denkzettelwahl“ machen wolle, habe den Menschen in Europa nichts zu sagen, sagte Heiner Geißler.

Neuer Bundesvorstand des RCDS gewählt

Auf der 36. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in Würzburg wurde in einer Kampfabstimmung der bisherige Vorsitzende Franz Dormann in seinem Amt bestätigt. Er siegte im zweiten Wahlgang mit knapper Mehrheit über seinen bayerischen Herausforderer Winfried Adam. Neu wählte die Bundesdelegiertenversammlung zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden des RCDS, Christoph Erbel aus Köln und Uwe Uibel aus Bremen.

Mit großer Mehrheit verabschiedeten die Delegierten „Leitlinien für eine aktivere Deutschlandpolitik“. In diesem Beschluß spricht sich der RCDS für den Aufbau und die Stärkung einer gesamtdeutschen Solidarität und eines demokratischen Patriotismus, jenseits von nationalem Chauvinismus, aus.

In den neuen Würzburger Thesen zur Hochschulpolitik lehnt der RCDS die Neuerrichtung von Privathochschulen mit staatlicher Hilfe ab. Stattdessen sollten staatliche Mittel staatliche Hochschulen in die Lage versetzen, Eliteuniversitäten zu bleiben oder zu werden.

■ AUSBILDUNGSPLÄTZE

Der Bund geht mit gutem Beispiel voran: tausend Lehrstellen mehr

Das Bundeskabinett hat den Berufsbildungsbericht 1984 verabschiedet. Das duale System der Berufsausbildung hat 1983 seine große Bewährungsprobe bestanden. Der Bericht weist gleichzeitig die Prognosedaten für 1984 aus: Auch 1984 wird ein schwieriges Ausbildungsjahr. Insgesamt ist 1984 mit einer Gesamtzahl von 715 000 bis 735 000 Ausbildungsplatzsuchenden zu rechnen. Diese Aufgabe ist nur durch das erneute Engagement aller gesellschaftlichen Gruppen sowie von Bund, Ländern und Gemeinden zu lösen.

Die guten Erfahrungen des Jahres 1983 ermutigen zu der Erwartung, daß auch in diesem Jahr eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung stehen wird, stellte Bundesminister Dorothee Wilms fest. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hierfür entwickeln sich günstig: 1984 rechnen wir mit zunehmendem Wirtschaftswachstum und einer deutlichen Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Daraus werden sich positive Tendenzen auch beim Ausbildungsplatzangebot entwickeln.

Die Bundesregierung geht auch für 1984 davon aus, daß die Unternehmen der Wirtschaft eigenverantwortlich für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen Sorge tragen. Patentrezepte, die alle regionalen, strukturellen und quantitativen Probleme auf einmal lösen, gibt es auch 1984 nicht. Realistisch und erfolgversprechend ist einzig und allein eine „Politik der 100

Schritte“. Gravierende Umstellungen des dualen Systems dagegen würden zu einer Vernichtung von Ausbildungskapazitäten führen. Dies gilt insbesondere für gesetzliche Umlagefinanzierungen. Sie wird es auch 1984 nicht geben. Auch mit direkten staatlichen finanziellen Hilfen können die Ausbildungsbetriebe der Wirtschaft nicht rechnen. Dies würde zu Attentismus und zur Benachteiligung bislang schon über Bedarf ausbildender Betriebe führen. Auch ein Sonderprogramm wie 1983 kommt nicht in Betracht. Auch 1984 werden und müssen Betriebe über Bedarf ausbilden. Dies setzt allerdings voraus, daß mit der Ausbildung nicht eine Übernahmegarantie in eine spätere Dauerbeschäftigung verbunden ist. Betriebs- und Personalräte sollten dies bei ihren verständlichen Bemühungen um Arbeitsplätze für Jugendliche bedenken. Vorübergehende Teilzeitverträge für ausgebildete Jugendliche können hier etwas Erleichterung schaffen.

Im Rahmen einer „Politik der 100 Schritte“ wird die Bundesregierung insbesondere durch folgende Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes 1984 beitragen:

1. Der Bund wird 1984 28 500 Ausbildungsplätze anbieten, das sind rd. 1 000 Plätze mehr als im Vorjahr. Damit können nun auch die bei der Deutschen Bundesbahn verfügbaren, für den eigenen Nachwuchsbedarf nicht benötigten gewerblich-technischen Ausbildungsplätze besetzt werden. Die Bundesregierung hat die dazu erforderlichen Beschlüsse gefaßt und

gibt damit der Wirtschaft und Verwaltung ein Signal, ebenfalls ihr Ausbildungsangebot 1984 entsprechend zu erhöhen.

2. Das Bundeskabinett hat über den Bundesratsentwurf hinaus weitere Vorschläge zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes beschlossen; einen Entwurf zur Änderung des Schwerbehindertengesetzes sowie zur Änderung der Arbeitszeitordnung wird die Bundesregierung in Kürze vorlegen. Diese Vorhaben dienen dem Ziel, die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft zu erhöhen; es geht dabei nicht um einen Abbau notwendiger Schutzrechte.

Bei der Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes geht es unter anderem um:

— Freistellung an Berufsschultagen (es soll künftig vermieden werden, daß ein Auszubildender wegen des Berufsschulunterrichtes dem Betrieb zwei volle Arbeitstage pro Woche fernbleiben muß).

— Wiedereinführung des 6-Uhr-Arbeitsbeginns.

Durch die Änderung des Schwerbehindertengesetzes soll erreicht werden, daß

— Auszubildende bei der Berechnung der Pflichtquote zur Beschäftigung von Schwerbehinderten künftig nicht mehr mitzählen;

— Ausbildungsplätze für Schwerbehinderte doppelt zählen.

Mit der Änderung der Arbeitszeitordnung soll u. a. das Beschäftigungsverbot für Frauen im Bauhauptgewerbe aufgehoben werden.

3. Der Gesetzentwurf zur Vorruhestandsregelung bietet die Möglichkeit, für einen älteren ausscheidenden Arbeitnehmer auch einen Auszubildenden im Betrieb einzustellen. Dadurch werden neue Ausbildungsplätze geschaffen.

4. Die Bundesregierung will zusätzliche, bisher nicht ausbildende Betriebe für die

Ausbildung gewinnen. Sie hat deshalb Maßnahmen zur Ausweitung des Ausbildungsverbundes eingeleitet. Zu diesem Zweck sollen verstärkt Berater für die Organisation von Ausbildungen im Verbund auch im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) eingesetzt werden.

5. Eine effizientere Besetzung von Ausbildungsplätzen soll dadurch erreicht werden, daß die Zahl der Mehrfachverträge durch die Einführung des Systems der Annahmekarten oder anderer geeigneter Maßnahmen (z. B. Vorlage von Originaldokumenten oder einer hierfür besonders gekennzeichneten Zeugniskopie) reduziert wird.

6. Die Bundesregierung wird auch im Jahre 1984 regionale Ausbildungsmarktkonferenzen initiieren, ebenso auch örtliche/regionale Ausbildungsplatzbörsen.

7. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft wird zusammen mit dem Bundespresseamt gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes durchführen.

8. Bund und Länder erörterten im Rahmen einer von den Regierungschefs beauftragten Arbeitsgruppe Möglichkeiten zur vorübergehenden Ausweitung der Bildungsangebote an beruflichen Schulen, insbesondere der Bildungsgänge mit vollqualifizierendem Abschluß.

9. Zur Verbesserung der Ausbildungschancen von Mädchen wird die Öffnung gewerblich-technischer Berufe für Frauen weiter gefördert; außerdem hat die Bundesregierung erneut eine Initiative zur Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes im Krankenpflegebereich ergriffen.

10. Das Programm zur Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher wird auf hohem Finanzierungsniveau fortgeführt; es ist in den letzten Jahren finanziell erheblich aufgestockt worden.

■ KANZLERBRIEF

Leserzuschrift an die Prawda: Auch wir sind für den Frieden

Bundeskanzler Helmut Kohl sandte an die Leserinnen und Leser der Komsomolskaja Prawda in Moskau am 17. Februar 1984 folgenden Brief, der bislang noch nicht veröffentlicht wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten Wochen haben mich zahlreiche gleichlautende Postkarten, Briefe und Unterschriftslisten aus der Sowjetunion erreicht, deren Absender und Unterzeichner sich gemeinsam mit den Worten „Ich stimme für den Frieden“ zu einer weltweiten Antikriegs-Bewegung bekannt haben.

Da viele Schreiben keine genauen Absenderangaben enthielten und da ihre Zahl insgesamt zu groß ist, um sie alle einzeln zu erwidern, möchte ich allen, die sich an mich gewandt haben, auf diesem Wege danken und antworten, zumal auch der Korrespondent der Komsomolskaja Prawda in Bonn besonderes Interesse daran bekundet hat, seinen Lesern meine Antwort mitzuteilen.

Die Botschaft, die mir so viele Sowjetbürger übermittelt haben, hat mich bewegt. Seien Sie gewiß, wir stimmen gemeinsam mit Ihnen für den Frieden, in meinem Land und ebenso in allen anderen Mitgliedstaaten des atlantischen Bündnisses. Auch die Regierungen wie die Bürger unserer Länder, sind entschlossen zu verhindern, daß die Welt in Stücke gesprengt wird. Seien Sie überzeugt, daß unsere Antwort auf die Frage nach der Zukunft der Menschheit und der Welt stets die der Vernunft und des Friedens sein wird. Von

deutschem Boden wird nie wieder Krieg ausgehen. Hierin weiß ich mich auch mit unseren Landsleuten in der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere auch mit Generalsekretär Honecker einig. Die Geschichte, deren tragische und schreckliche Wunden und Narben auch uns unvergessen sind, lehrt uns dies: Nicht einseitige Bereitschaft zum Konflikt oder Streben nach Überlegenheit, sondern nur beiderseitiger Willen zu Verständigung und Mäßigung können im Zeitalter der Nuklearwaffen Grundlage einer Politik sein, die bestehende Schwierigkeiten und Probleme im beiderseitigen Interesse mit den Mitteln der Vernunft, nicht der Emotion, zu lösen hat.

Gleichzeitig wissen wir: Die Sprache der Vernunft ist die Sprache der Nüchternheit. Gegenseitige Vorwürfe lösen keine Probleme; auch Wunschdenken vermag dies nicht. Deshalb ist es so wichtig, den leidenschaftlichen Willen zum Frieden mit der Bereitschaft zu verbinden, einander aufmerksam anzuhören, die Schwierigkeiten des anderen zu verstehen und sie bei den eigenen Überlegungen in den Verhandlungen in Rechnung zu stellen. Ist dies der Fall, dann können nach meiner Überzeugung auch Vereinbarungen erzielt werden, die in der Tat gerecht und ausgewogen sind und die bei allen Beteiligten das verständliche Bedürfnis nach Sicherheit befriedigen sowie zugleich die Sehnsucht der Menschen nach Frieden mit weniger Waffen erfüllen. Hierfür setze ich mich mit aller Kraft ein.

■ EVP-FRAUEN

Technologie stand im Mittelpunkt des Brüsseler Kongresses

Rund 800 Frauen aus 11 Ländern hörten die Ansprache des belgischen Außenministers Leo Tindemans, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), zum Schluß des Kongresses der EVP-Frauen am Wochenende in Brüssel. „Europa wird das sein, was wir daraus machen“, appellierte er an die Zuhörerinnen und mahnte, daß es gelte, das Europa der Bürger und der Menschen zu verwirklichen, so wie es Adenauer, Schuman und de Gasperi wollten.

Dazu müsse Europa sich auch der Herausforderung durch die neuen Technologien stellen, die zentrales Thema des Kongresses waren. „Wir brauchen Phantasie, um uns die zukünftige Gesellschaft vorzustellen und viel Klugheit, damit auf dem Weg dahin soziale Errungenschaften nicht zerstört werden“, mahnte er.

Damit unterstrich Tindemans die Kerngedanken dieses Kongresses, wie sie von der Präsidentin, der italienischen Kultusministerin Franca Falcucci, und in einer Podiumsrunde zu diesem Thema ausgesprochen wurden. An dieser Diskussion beteiligten sich die Europaabgeordneten Nikolas Estgen, Marlene Lenz und Hania Majj-Weggen, die vom Generalsekretär des CDS in Frankreich Jaques Barrot zusammengefaßt wurde.

Die Teilnehmer sagten in ihrer Resolution: „Wir erwarten, daß die neuen Technologien dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.“

Daher erfordern die Möglichkeiten der Zukunftstechnologien, daß wir sie in einem politischen und kulturellen Zusammenhang sehen und nicht nur den technischen Aspekt berücksichtigen. Das kommende Europäische Parlament muß dazu beitragen, den Spielraum, den uns neue Techniken gewähren, zu beherrschen und nicht neue Abhängigkeiten zu riskieren. Dazu ist es erforderlich, die gegenwärtigen Schwächen europäischer Politik zu überwinden und die Aktivitäten der Gemeinschaft vor allem bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, speziell der der Jugendlichen und der Frauen, zu stärken.

Die weitere politische Integration Europas trägt darüber hinaus zu einer Überwindung der Spaltung in der Welt bei und kann Europas Rolle als dritte Kraft — eingebunden in das westliche Bündnis — stärken.

Wir Frauen in der EVP engagieren uns im nationalen und im internationalen Bereich für die Verwirklichung einer Politik der Zukunft. Diese Zukunft ist möglich, wenn wir es wollen.“

Außerdem bekundeten die Teilnehmerinnen ihre Hoffnung auf faire Wahlen in El Salvador und eine große Unterstützung für den christdemokratischen Spitzenkandidaten Napoleon Duarte.

Im Verlauf des Kongresses stellten eine Reihe von weiblichen Abgeordneten der EVP ihre Arbeit in den letzten fünf Jahren vor und diskutierten mit dem Publikum. Diese Runde in Form einer Talkshow erlaubte es, zahlreiche Fragen anzusprechen von Frauen- und Familienpolitik über Entwicklungspolitik und der Frage der Menschenrechte bis zu Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitspolitik, die Agrarpolitik nicht ausgenommen. Zahlreiche Regierungsvertreter hatten Grußtelegramme gesandt, so auch Bundeskanzler Helmut Kohl.

■ KOMMUNEN

Finanzlage deutlich verbessert

Die kommunalen Spitzenverbände haben ihre jüngste Haushaltsumfrage, die von ihnen alljährlich durchgeführt wird, zur Situation der kommunalen Finanzen 1983 und 1984 vorgelegt. Die Ergebnisse dieser Umfrage sind eine eindrucksvolle Bestätigung der Politik der Bundesregierung zur Stärkung der Gemeinden. Besonders hervorzuheben ist die Aussage der kommunalen Spitzenverbände, daß es durch eine bessere konjunkturelle Entwicklung, einen nur mäßigen Preisanstieg und maßvolle Abschlüsse bei den Tarifverhandlungen den Städten und Gemeinden 1983 gelungen ist, nicht nur den langjährigen negativen Trend in der Entwicklung der kommunalen Finanzen zu stoppen, sondern die Finanzlage auch nachhaltig zu stabilisieren.

Die Einnahmen der Kommunen sind 1983 um 3,7 Prozent gestiegen, dem steht ein Rückgang der Ausgaben von 0,7 Prozent gegenüber. Mit 5,1 Prozent sind die Netto-steuereinnahmen höher ausgefallen als von den Spitzenverbänden in der Prognose 1983 mit 4,3 Prozent vorausgesagt. Entscheidenden Anteil daran haben die Gewerbesteuererinnahmen mit einer überproportionalen Steigerungsrate von 9 Prozent. Die Nettokreditaufnahme konnte 1983 im Vergleich zu 1982 von 6,61 Milliarden Mark auf 2,2 Milliarden Mark gesenkt werden. Das ist ein Rückgang um 66,7 Prozent.

Die Prognose der kommunalen Spitzenverbände für 1984 verdeutlicht, daß sich diese positive Entwicklung für die Kommunalfinanzen auch weiter fortsetzen wird. stellt MdB Joseph-Theodor Blank fest.

■ WOHNUNGSBAU

Mietenanstieg hat sich weiter verlangsam

Der Rückgang der Mietsteigerungen hat sich im Januar 1984 deutlich fortgesetzt, stellte Bundesbauminister Oscar Schneider in Bonn fest. Gegenüber Januar 1983 seien die Mieten nur noch um 4,1 Prozent gestiegen, nachdem diese Rate im Dezember 1983 noch bei 4,6 Prozent und im Jahr 1983 insgesamt bei 5,3 Prozent gelegen habe. Diese Entwicklung sei auf allen Teilmärkten zu beobachten. Während die Altbauwohnungen im Dezember 1983 — jeweils im Vorjahresvergleich — noch um 5,8 Prozent gestiegen seien, sei man im Januar 1984 bei 5,3 Prozent angelangt und bewege sich damit wieder auf dem Niveau der vergangenen Jahre. Auch im freifinanzierten Wohnungsbau setze sich der rückläufige Trend fort und betrage die Mietsteigerungsrate im Januar 1984 3,3 Prozent. Von 1982 bis 1983 seien die Mieten von freifinanzierten Wohnungen noch um 4 Prozent gestiegen.

Die neuere Entwicklung bestätige ihn in der Annahme, so der Minister, daß die zu Beginn des Jahres 1983 aufgestellten Behauptungen, die Neuregelungen im Mietrecht würden zu drastischen Mietsteigerungen führen, nachhaltig widerlegt seien. Der Anstieg der Mieten im Jahr 1983 habe lediglich einen teilweisen Ausgleich der von 1979 bis 1982 real gesunkenen Mieterträge bewirkt.

Auch im sozialen Wohnungsbau ist eine deutliche Beruhigung eingetreten. So sind im Januar 1984 die Mieten für Sozialwohnungen gegenüber Januar 1983 um durchschnittlich 4,2 Prozent gestiegen, gegenüber einer durchschnittlichen Steigerungsrate des Jahres 1983 von 6,3 Prozent.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

Zusammensetzung der Antragskommission zum 32. Bundesparteitag der CDU

Vorsitz:

Heiner Geißler

Stellv. Vorsitz:

Peter Radunski

Weitere Mitglieder:

Chr. Böhr,
Junge Union, LV Rheinland-Pfalz
B. Bruehl, CDU Niedersachsen,
Frauenvereinigung,
Mittelstandsvereinigung
U. Fink, LV Berlin, CDA
O. Franz, LV Hamburg
G. Hammer, LV Rheinland, KPV
R. Hellwig, LV Baden-Württemberg,
Frauenvereinigung
P. Jungen, LV Rheinland,
Wirtschaftsvereinigung
E. A. Klepsch, LV Rheinland-Pfalz
G. Meyer, LV Saar

A. Müller, LV Rheinland, CDA
F. Dormann, RCDS
H. Riesenhuber, LV Hessen
W. Schäuble, LV Baden-Württemberg,
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
B. Schulte, LV Bremen
Chr. Schwarz-Schilling, LV Hessen,
Mittelstandsvereinigung
E. Teufel, LV Baden-Württemberg
Chr. Thoben, LV Westfalen-Lippe
R. Verhülsdonk, LV Rheinland-Pfalz,
Frauenvereinigung
F. Vogel, LV Westfalen-Lippe
W. Vogt, LV Rheinland, CDA
H. Weiss, LV Rheinland,
Wirtschaftsvereinigung
J. Westphal, LV Schleswig-Holstein
G. Zeitel, LV Saar,
Mittelstandsvereinigung

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId